

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Hefen Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftsteller
Wilhelm Probst, Schierstein.

Anzeigen
kosten die einseitige Kolonelle
oder deren Raum 50 Wg.
Reklamen 100 Wg.
Bezugspreis
monatlich 180 Wg., mit Bringer-
lohn 200 Wg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 6.00 Wg.
auschl. Postlohn
Inserate für auswärtige Zei-
tungen werden zu Original-
preisen vermittelt.

Fernruf Nr. 584.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Nr. 75.

Dienstag, den 29. Juni 1920.

Fernruf Nr. 584

28. Jahrgang

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Im Erzberger-Helfferich-Prozeß ist von beiden Seiten Revision gegen das Urteil der Berliner Strafkammer vom 12. März eingelegt worden.

Die vom Justizrat Dr. Löwenstein, dem Rechtsbeistand Erzbergers, begründete Revision stützt sich auf Verlegung materieller und prozessualer Rechtsgrundsätze. Sie rügt an erster Stelle, daß Helfferich rechtsirrtümlich nur wegen einer einzigen fortgesetzten Handlung verurteilt worden sei, während nach der tatsächlichen Feststellung im Urteil eine große Reihe selbständiger strafbarer Beleidigungen vorliege. Dieser fundamentale materielle Rechtsirrtum habe den weiteren prozessualen Fehler zur Folge gehabt, daß ein großer Teil der vom Angeklagten gegen den Nebenkläger gerichteten Vorwürfe im Urteil ungeprüft und ungeführt geblieben sei.

Aber auch soweit eine Prüfung der vom Angeklagten Dr. Helfferich erhobenen Vorwürfe stattgefunden habe, sei auf Grund rechtsirrtiger Erwägungen im Urteil angenommen worden, daß Dr. Helfferich die Führung des Wahrheitsbeweises zum größten Teil gelungen sei.

Die Revisionschrift sucht dies an der Hand der eigenen Feststellungen des Vorrichters, der in den meisten von ihm geprüften Einzelfällen selbst den Wahrheitsbeweis als mißlungen bezeichnet, darzutun. So habe das Gericht insbesondere den schwersten der vom Angeklagten erhobenen Vorwürfe, daß nämlich Erzberger seine politische Stellungnahme nach dem Willen des Nebenklägers und Personen und Firmen, in erster Linie des Thörsen-Konzerns gewechselt, in keinem einzigen Falle für erwiesen nachgewiesen.

Andererseits werde der vor Gericht als geführt erachtete Nachweis der Unwahrhaftigkeit des Nebenklägers auf solche Äußerungen gestützt, die Erzberger im politischen Kampfe teils zur Erreichung, teils zur Verheimlichung bedeutungsvoller politischer Ziele gemacht habe. Hier habe das Urteil ungeprüft gelassen, ob nicht eine Minderheitsmeinung dem Nebenkläger die Verheimlichung der wahren Sachlage im Interesse der Erreichung bedeutungsvoller politischer Ziele zur höheren Pflicht gemacht, wie dies insbesondere bei Vorbereitung der Friedensresolution im Juli 1917 der Fall gewesen sei. In der hohen Verantwortung könne ebenso wie in der Diplomatie und in der Regierung die Notwendigkeit der Verheimlichung der geplanten Maßnahmen und erstrebte Endzwecke mit der Wahrheitspflicht derart kollidieren, daß die letztere hinter der höheren Pflicht der Wahrung anvertrauter Staatsinteressen zurücktreten müsse. Das sei vom Vorrichter anerkannt worden.

Da ferner das Gericht selbst den gegen den Nebenkläger Erzberger erhobenen Vorwurf, dieser habe Dr. Helfferich mit der Anzeige an die Entente bedroht und ihn tatsächlich der Entente denunziert, da das Gericht auch die behauptete Väterrechtsverletzung und Verletzung des Thörsen-Konzerns nicht für nachgewiesen erachte, so trete mit sich selbst in Widerspruch, wenn es gleichwohl festsetze, daß der Unwahrheitsbeweis im wesentlichen geführt sei.

Es wird deshalb beantrag, das angefochtene Urteil aufzuheben, und die Sache zur anderweitigen Verhandlung an ein dem Landgericht 1 benachbartes anderes Gericht zu verweisen.

Im Gegensatz hierzu beantragt Rechtsanwalt Dr. Kläberg für Dr. Helfferich die Einstellung des gesamten Verfahrens, eventuell Freisprechung.

Dr. Kläberg stützt seine Revision in erster Linie auf eine Erklärung des Nebenklägers, die dieser durch seine Rechtsbeistände am 8. März 1920 vor Gericht abgegeben hat und worin er sich damit einverstanden erklärt, daß die mit politischen Vorwürfen zusammenhängenden Beleidigungen nicht zum Gegenstand der Urteilsbildung gemacht werden sollten. Unter dieser Erklärung seien auch die einzigen Äußerungen Dr. Helfferichs zu subsumieren, bei denen das Gericht mit Recht nur das Vorliegen einer einzigen fortgesetzten Beleidigung angenommen habe, müsse diese Annahme zur Einstellung des gesamten Verfahrens führen. Sollte das Reichsgericht dieser Auffassung nicht beitreten, dann sei die Freisprechung des Angeklagten deshalb geboten, weil er die wesentlichen Bestandteile seiner Behauptungen bewiesen habe und es auf die Unwahrheitspflicht einzelner Sonderbehauptungen nicht ankomme. Der Angeklagte habe auch unter dem Schutze des § 193 R. St. G. gehandelt, weil er mit seiner Polemik neben dem allgemeinen Interesse auch seine eigenen persönlichen Interessen verfolgt habe. Endlich habe Dr. Helfferich in der „Nationalen Zeitung“ und in der „Nationalversammlung“ den Nebenkläger angegriffen worden sei.

Zur Tagesgeschichte.

Das Regierungsprogramm.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, nimmt den zweitgrößten Teil des Programms des neuen Kabinetts die wirtschaftliche und sozialpolitische Seite ein. Die neue Regierung steht ihre Hauptaufgabe in der Lösung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Problems. Dieses hängt zusammen mit den Verpflichtungen, die Deutschland auf der Konferenz von Spa auferlegt werden. Das sozialpolitische Programm der Regierung umfaßt die Hebung des Arbeiterstandes und die Ergänzung der Sozialgesetzgebung. Die Regierung wird das Versprechen abgeben, die in der Verfassung festgelegten Arbeiterrechte unausgesetzt zu lassen.

Reichspräsidentenwahl.

Zu dem Ersuchen des Reichspräsidenten auf Ausschreibung der Präsidentenwahl wirft der „Vorwärts“ die Frage auf, ob die Neuwahl verfassungsmäßig jetzt möglich sei und schreibt:

„Die Verfassung bestimmt ausdrücklich, daß die Wahl des Reichspräsidenten vom ganzen Volk vorgenommen wird. Es steht aber in diesem Augenblick noch nicht fest, welche Realität sich mit diesem Begriff verbindet, da die Grenzen des Reiches und damit der Volksgemeinschaft noch nicht feststehen. Die Bevölkerung der Abstammungsgebiete kann von der Wahl des Präsidenten, die für 7 Jahre erfolgt, nicht ausgeschlossen werden. Es wird daher kaum zu vermeiden sein, die Wahl so lange aufzuschieben, bis Erfolg ist. Eine Ausnahme macht nur das Saarrevier, das ja erst nach 15 Jahren abstimmungsbererechtigt sein wird, in den nächsten 7 Jahren also vom Mitbestimmungsrecht auf alle Fälle ausgeschlossen bleibt. Erst nach den Abstimmungen in den Grenzgebieten wird also aller Wahrscheinlichkeit nach die Präsidentenfrage akut werden.“

Gegen die Zwangswirtschaft.

Der deutsche Landwirtschaftsrat versandt eine Erklärung an alle deutschen Länder und Provinzen, in der zur Zwangswirtschaft für das Erntejahr 1920—21 Stellung genommen wird. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die vom deutschen Landwirtschaftsrat eingeladenen Körperschaften aller Länder erklären zur Frage der Zwangswirtschaft folgendes:

1. Die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse darf sich für das Erntejahr 1920—21 nur noch auf Brotgetreide und Milch, unter Vermeidung von Härten für den Erzeuger, beschränken. Alle übrigen Erzeugnisse sind ganz frei zu geben. Die Vertretungen der Landwirtschaft sind aber bereit, die Beschaffung inländischer Lebensmittel, unter Ausschluss behördlicher Einwirkung beim Abschlusse, durch Lieferungsverträge sicherzustellen.

2. Sollte diesen Grundföhen nicht schleunigst Rechnung getragen werden, so müssen die landwirtschaftlichen Korporationen jede Mitarbeit für die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes ablehnen.

3. Erste Voraussetzung für die Besserung der Lebensmittellage des deutschen Volkes ist die Vermehrung landwirtschaftlicher Produktion. Diese kann nur wieder hochkommen, wenn den Landwirten endlich volle Freiheit in ihren Betrieben gegeben wird.

Im Oberts Nachfolger.

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß sich noch keine der Parteien offiziell mit der Frage der Wahl des Reichspräsidenten beschäftigt hat. Er erscheint vollkommen ausgeschlossen, daß sich die Parteien auf einen Kandidaten einigen. Vielmehr wird erwartet, daß eventuell die Rechtsparteien gemeinsam einen Kandidaten aufstellen, daß das Zentrum für sich einen Kandidaten präsentiert und Sozialdemokraten und Demokraten ebenfalls gemeinsam einen Kandidaten wählen werden. Von den Unabhängigen und Kommunisten erwartet man keine Beteiligung an der Präsidentenwahl. Es ist bestimmt, daß Obert nicht wieder aufgestellt wird.

Clara Zetkins Mandat.

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Frau Clara Zetkin, die kommunistische Führerin, ihr Mandat trotz der Anfechtungen beibehalten dürfte. Die Demokraten ebenso wie die sozialistischen Parteien vertreten den Standpunkt, daß Frau Clara Zetkin sich unter ihrem angenommenen Namen Zetkin durch ihre eigenen persönlichen Erfolge einen großen Ruf verschafft hat. Ihr wirklicher Name Jundel ist der breitesten Öffentlichkeit unbekannt, sodaß es vollkommen an der Ordnung erscheine, wenn sie sich Zetkin nannte und als solche im Parlament auftritt. Gegen die Gültigkeit ihres Mandats würden deshalb alle Linksparteien nichts einzuwenden haben.

Die deutsche Seeresstärke.

Reichswehrminister Gieseler erklärte dem Vertreter des „Matin“, Jules Sauerwein, das deutsche Volk könne sich nicht wieder erheben und seine Verpflichtungen erfüllen, wenn es nicht den inneren Frieden sicherstellen könne. Deshalb sei es unbedingt nötig, ein Heer von 200 000 Mann zu unterhalten. Die Erfahrungen der letzten 18 Monate hätten den Beweis geliefert, daß 100 000 Mann nicht genügen. Zur Bekämpfung der Unruhen im März seien 45 000 Mann notwendig gewesen, zur Niederschlagung des Sowjets in München im April 1919 33 000 Mann und zur Bekämpfung der Unruhen in Hamburg im April 1919 19 000 Mann. Im letzten Jahr seien im Ruhrgebiet 40 000 Mann tätig gewesen. Mit 100 000 Mann müsse man große Teile des deutschen Gebietes ohne Schutz lassen. Auch bedeute die Entlassung von 50 000 oder 100 000 Soldaten eine Gefahr, da die Entlassenen meistens zu den extremen Parteien übergingen. Ohne ein Heer, das fähig sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten, sei eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiete des Wiederaufbaues illusorisch. Der Reichswehrminister betonte im übrigen noch, daß nicht nur Franzosen und Churchill, sondern auch kompetente Landmache, um zur Entwaffnung zu gelangen. Er habe die Überzeugung, daß man noch gewissenhafter Prüfung der Lage Deutschlands nicht mehr des schlechten Willens bedürftigen werde.

Personen der „Mittelschicht“ der deutschen Regierung zunächst noch nicht beantwortet werden. Die Regierung kann sich erst Mitte dieser Woche eingehender mit der Seeresfrage befassen. Aus diplomatischer Quelle verläutet, daß die Alliierten in der Seeresfrage keinerlei Einwendungen von deutscher Seite entgegennehmen würden. An zuständiger Stelle der Reichsregierung glaubt man jedoch, daß dies nicht der Fall ist, und daß die deutschen Vertreter in Spa sich noch zu dieser Angelegenheit äußern können.

Ein Standardkurs.

In gut informierten Kreisen der bänischen Finanz glaubt man, daß auf der Konferenz von Spa ein Standardkurs für die deutsche Mark festgelegt werden soll, und bedeutend höher als der jetzige sein wird. Diese Erwartung hat große Nachfrage nach der Reichsmark hervorgerufen. Ungefähr 200 Millionen Mark sind schon zu Spekulationszwecken angekauft worden. Jeder will kaufen und keiner will verkaufen. Die Banken erklären, solche Markverträge, wie verlangt werden, gar nicht herbeischaffen zu können.

Clemenceau und die Friedensbedingungen.

In der französischen Kammerführung erklärte der Abgeordnete Lardieu, der die Politik Clemenceaus an der Pariser Friedenskonferenz in einer längeren Rede verteidigte, daß im Januar 1919 folgende Friedensbedingungen für Deutschland aufgestellt gewesen seien: Sofortige Aufhebung Deutschlands zum Völkerbund, seine intrastatistische Befestigung der Rheinlande, höchstens eine französische Besetzung für 18 Monate. Frankreich sollte alles deutsche Staatsgut in Elsaß-Lothringen bezahlen. Die Koblenztrüben im Saargebiet sollten nicht Eigentum Frankreichs werden, auch die Bevölkerung im Saargebiet sollte seinem besonderen Regime unterstellt werden. Deutschland sollte nur 40 v. H. der entstandenen Kriegsschäden zahlen und nach 30 Jahren frei von allen Lasten und befreit sein, die Hälfte der Entschädigungssumme in Papier zu zahlen. Österreich hätte die Freiheit haben sollen, sich mit Deutschland zu vereinigen. Das alles habe Clemenceau verhindert.

Meutereien in Italien.

Stürmische Kammerführung.

Am Samstag meuterte in Ancona ein Bersaglieribataillon nahm seine Offiziere gefangen, verschlang sich in der Kaserne und stellte an den Fenstern Geschütze und Maschinengewehre auf. Die Behörden ließen sofort die Kaserne mit Infanterie und Artillerie umstellen. Durch einen schnell aufgeworfenen Graben wurde die Ausfahrt von Panzerwagen verhindert. Gleichzeitig aber wurde in der Stadt und im Hafen der Generalkriegsreiß proklamiert. Die Meuterer ergaben sich erst nach zwölfstündigem Widerstande nach einer toten Schießerei. Die Meuterei erregt peinliches Aufsehen, da jüngst auch Meutereien in Triest und Brindisi vorgekommen sind. Angeblich waren die Soldaten anarchistisch verkehrt.

Die Kammerführung schloß mit einer bewegten Auseinandersetzung über Albanien. Der Kriegsminister Bonomi gab auf eine Interpellation hin auch eine Darstellung über die Ereignisse in Ancona, ohne zu erwähnen, wozu der Transport der meutenden Bergarbeiter bestimmt war. Die Sozialisten verlangten durch Anwesenheit der Regierung, daß die Regierung schweigend, ohne ein Wort, daß die Sitzung ausgesetzt werden müßte. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Giolitti, die Regierung habe bereits verstanden, daß sie das Protektorat über Albanien nicht aufrecht erhalten, sondern daß sie dem Lande die Unabhängigkeit gebe. Die Sozialisten riefen dazwischen „Valea“ worauf Giolitti antwortete: „Unsere Soldaten stehen allerdings noch in Valona und müssen sich gegen die Angreifer verteidigen. Auch die Sozialisten brachten, wenn sie regierten, nichtzugeben, daß unsere Soldaten ins Meer geworfen werden.“ Dabei verließ Giolitti eine eiserne Ruhe, er schlug wiederholt mit der Faust auf den Tisch. Dann folgte ein Handgemenge zwischen den Sozialisten und Bürgerlichen. Ein großer Haufen der Sozialisten schloß sich gerade vor Giolitti, welcher wieder seine feierliche Haltung annahm. Die Tribünen wurden geräumt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Juni.

Wieder waren Haus und Tribünen voll besetzt, als der Alterspräsident Riecke um 3,15 das Glockenzeichen zum Eintritt in die Tagesordnung gab. Namensaufruf, Stimmzettelausgabe und Geschäftsordnungsdebatten füllten die Sitzung. Die Präsidenten Löbe, Dittmann, Bell und Dietrich wurden nach den getroffenen Vereinbarungen gewählt.

Bei der Wahl des ersten Präsidenten wurden 420 Stimmen abgegeben: davon 17 weiße Zettel, 327 für den Mehrheitssozialisten Löbe und 6 zerstreute auf andere Kandidaten. Auf Einladung des Abg. Riecke nimmt Löbe auf dem Präsidentensitz Platz, nicht ohne in anerkennenden Worten der Einführung der Dienste seines Vorgängers gedacht zu haben, der eine schwere Bürde mit einer noch schwereren vertauscht habe.

Die Wahl der Schriftführer findet durch Stimmzettel statt, nachdem Abg. Ledebour (U. S.) sich den ersten Ordnungsruf geholt hat. Es werden als Schriftführer gewählt die Abg. Fischer-Berlin (Soz.), Frau Bohm (Soz.), Frau Agnes (U. S.), Dr. Pfeiffer (R.), Walle (U. S.), Kempter (D. Volksp.), Weiermann (D. Vpt.) und Heile (Dem.).

Für die Unabhängigkeit bringt Ledebour einen schleunigen Antrag ein, der Reichstag solle verlangen, daß die gegen den Abg. Wittwoch verhängte Festungshaft für die Zeit der Sitzungsperiode aufgehoben werde. Er verlangt, daß dieser Antrag als dringend auf die Tagesordnung gesetzt wird unter Hinweis darauf, daß Wittwoch besonders als Vertreter Schuphens unbedingt an den Verhandlungen teilnehmen müsse. Da kein Widerspruch erfolgte, wurde der Antrag auf die Tagesordnung gesetzt und auf Vorschlag des Abg. Keller

Präsident Löbe bittet, möglichst bald die Mitglieder des Reichshauswirtschaftsausschusses und des Geschäftsausschusses, sowie auch der übrigen Ausschüsse zu benennen, damit diese Ausschüsse möglichst bald ihre Arbeit aufnehmen können. Hier verlagte sich das Haus. Die nächste Sitzung findet am Montag, 28. Juni, vormittags 11 Uhr statt.

Siehe Deine
Stimme
für die Volksabstimmung
dem Deutschen Schulbund
Annahmestelle:
„Schiersteiner Zeitung.“

Schloß Vamerow.

Ein Familienroman von Erich Knapp.

38] Noch einmal schien es, als wenn ein Lichtblitz die dunklen Schatten der Ungewißheit verscheuchen wollte. Hinrichsen war nach Wasmannsdorf gewandert. Bieleicht fand man ihn dort noch vor.

„Was mochte Herrn Hinrichsen veranlassen haben, nach Wasmannsdorf umzuquartieren?“ fragte Möllhusen mit verhaltenem Atem.

„Wenn ich recht unterrichtet bin, lagen die anzufliegenden Ländereien am Zwieselsfall selbst. Dort läuft aber gerade unsere Gemarkungsgrenze entlang. Ein gewisser Teil der Parzellen wird somit der Gemarkung Wasmannsdorf angehören. Dies mag der Grund gewesen sein, weshalb der Herr seinen Wohnsitz nach dem Nachbarorte verlegt hat oder verlegen wollte.“

Herr Möllhusen nickte wiederholt. Jetzt sprang er hastig auf und ging aufgeregt im Zimmer umher.

„Ich muß bald — nein, sofort Gewißheit haben. Herr Leigler, wir fahren weiter nach Wasmannsdorf. Und Sie, Herr Wirt, haben wohl die Güte, uns so schnell wie möglich Fuhrwerk zu beschaffen. Wir kommen auf jeden Fall wieder hierher zurück. Die Zimmer bleiben also für uns reserviert.“

Eine halbe Stunde später befanden sich beide Reisende bereits auf dem Wege nach dem neuen Ziele.

Die Gegend, durch welche sie fuhren, war eine der wildsten, romantischsten, der ganzen Gebirgslandschaft. Überall, wohin der Blick fiel, gewährte er merkwürdige Gebilde, die teils von geborstenen Felsen, teils von umgestürzten oder eigenartig verwachsenen Waldriesen aus dem Föhrenschleht dargestellt wurden. Feuchte und kühle Luft wehte den Bergabhang hinunter. Rinnale ließen quer über den Weg, denn es hatte geregnet. Die dichtstehenden Tannen verhielten eine Ueberflut über das Gelände.

Erst im weiteren Verlauf der Fahrt, etwa in der Mitte des Weges zwischen Weisenstein und Wasmannsdorf passierte der Wagen eine größere Lichtung, die einigen Ausblick gewährte. Hier trat der felsige Untergrund nackt zutage, ohne eine Spur von Bodende-

Die Kämpfe im Osten.

Volschewistischer Generalangriff.

Das polnische Hauptquartier meldet den Beginn der russischen Offensive. Es gibt bekannt, daß sie erneut an einigen Stellen der Front ausgebrochen sei. Volschewistischer Streitkräfte gelang es, westlich Kiew etwa 15 Kilometer vorzudringen. Der Kosaken-General Dubinin leitete gegenwärtig die Angriffsoperationen der roten Armee, die zurzeit mehr als 33 Divisionen gegen die Polenfront anworfen habe.

Die seit einem Monat immer wieder angekündigte große Offensive der Russen, deren Beginn jedesmal demitiert werden mußte, scheint nunmehr auf der ganzen Linie eingeleitet zu haben. In dem amüslichen Moskauer Bericht heißt es, daß infolge des Eindringens der russischen Kavallerie in die Frontlinie folgendes Resultat erzielt wurde:

1. Die zweite polnische Armee ist außer Gefecht gesetzt.
2. Die dritte polnische Armee in der Gegend von Kiew ist von ihren hinteren Verbindungen abgeschnitten worden.
3. Die sechste Armee in der Gegend von Polod hat an ihrer rechten Flanke die Stütze verloren und ihren Rückzug begonnen.

Ausgehend von dem Eindringen in die polnische Front hat die russische niederschmetternde Offensive auf der ganzen Front begonnen. Die dritte polnische Armee hat auf die Gefahr hin, ganz in unsere Hände zu fallen, den Konvoi, Depots und Lager vernichtet. Ihr Rückzug hat sich in eine Flucht verwandelt. Ein Teil hat sich in Keldern und Wäldern versteckt. Dem Rest gelang es, sich einen Weg über Asofien zu bahnen. Jedenfalls existiert die dritte polnische Armee nicht mehr. Die ganze Gegend von Jutka ist von brennenden Konvois und Automobilen gefüllt. Wir haben 70 Geschütze, 250 Maschinengewehre und ungezählte Munition erbeutet. Gegenwärtig ist die sechste polnische Armee im Rückzug. Die zweite Armee hat sich zurückgezogen, um sich aufzurufen. Die rote Armee marschiert auf der ganzen Front vorwärts. Sie hat die Bahnlinie Amursk—Galatin—Wintka—Manika überschritten.

Die türkische Frage.

Wie der Londoner Vertreter des „Temps“ berichtet, wird die Antwort der türkischen Regierung auf die Friedensvorschläge folgende Hauptpunkte enthalten:

1. Die Türkei weigert sich, Thrazien und Smirna an Griechenland abzutreten, und verlangt, daß die türkisch-griechische Grenze so bleibe, wie sie 1913 war.
2. Die Türkei erkennt die Unabhängigkeit Armeniens an und will ihm einen Teil der Provinz Wan, Bilkis und Erzerum abtreten, verlangt aber dafür eine Entschädigung.
3. Die Türkei erkennt die Regierung von Hebschas an und stimmt den Mandaten in Syrien und Mesopotamien zu, verlangt aber, daß die türkischen Delegierten mit den Mandatären in die Grenzkommissionen aufgenommen werden.
4. Endlich nimmt die Türkei im Grundsatz die internationale Kontrolle der Meerengen an, verlangt aber in der Kontrollkommission Sitz und Stimme.

Die türkische Friedensdelegation wird die Antwort auf die finanziellen und militärischen Klaviers erst später übermitteln, da am 23. Juni vorerst nur ein Teil der Bemerkungen zum Friedensentwurf von Konstantinopel nach Versailles abgegangen ist.

Die türkischen Nationalisten.

Der Vertreter des „Temps“ meldet, daß der indische Nationalistenführer Gandhi einen Brief an den Vizekönig von Indien richtete, um gegen die türkischen Friedensbedingungen Einspruch zu erheben. Er erklärt, er habe seinen humanitären Freunden geraten, der Regierung Indiens ihre Unterstützung nicht mehr zu leisten, wenn die Friedensbedingungen nicht gemäß der Erklärung des englischen Ministeriums abgeändert würden. 22 Nobeln des Stimmes Sumit erhoben in einem Schreiben an den Vizekönig gleichzeitige Einspruch und stellten ein

Verlangen zu zeigen. Überan lagen Steinpausen umher, die den Eindruck machten, als seien sie von Menschenhand aufgeschichtet worden. Weiterhin bemerkte man nahe an den nahe herantretenden Felsen deutliche Spuren von Sprengungen und Abtrieben. — „Das ist ein verlassener Steinbruch“, erklärte der Kutscher, mit seiner Peitsche einen Halbkreis beschreibend. „Er geht bis dicht an die Hühner.“

Bei der Weiterfahrt machte sich jetzt ein gleichmächtiger, dumpfer Ton bemerkbar, der sich allmählich verstärkte und schließlich zu einem fröhlichen Brausen anwuchs. Das Getöse rührte von dem Hühnersfall her, der seine Wasser in zwei gesonderten Teilen 18 Meter hoch von einer breiten Felskante in den steilen Grund schleuderte. Der Fahrweg führte in geringem Abstand an dem brausenden, schäumenden Gischtfessel vorüber.

Erst diesem grandiosen Schauspiel gelang es, den Mitfahrer der Hamburger Firma Overdick & Co. aus seinen trübseligen Gedanken loszureißen. Mit wachsender Reugier, ja mit Staunen sah er zu der kolossalen Wasserwelle empor, die hoch über seinem Haupte in weitem Bogen den kühnen Sprung in die Tiefe tat, um dann als schäumige Masse freundlich plätschernd und gurgelnd ihren Lauf fortzusetzen.

Das also war der Gegenstand der Spekulation, um deswillen in monatelanger, emsiger Kontorarbeit ein Buß von Papier verschrieben — um deswillen ein Vollmächtiger zur Abwicklung der letzten Geschäfte hergesandt worden war. Denn die technische Untersuchung über die Ruckkraft des Zwieselsalles, dessen Wassermassen zum Antrieb von Turbinen verwendet werden sollten, wie auch die kaufmännischen Berechnungen über die Ertragsfähigkeit des künftigen Fabrikunternehmens lagen schon seit langem vor, während erst seit einigen Wochen der endgültige Entschluß gefaßt worden war, zum Ankauf des Geländes zu schreiten.

Durch das längste Gewöhnis hatte sich die Sachlage aber total verändert. Die ganzen Vorbereitungen waren umsonst gewesen. Aus dem Geschäft konnte vorläufiglich nichts mehr werden, denn der Vollmächtige hatte das in ihn gesetzte Vertrauen arg mißbraucht. Er hatte mit der Kaufsumme das Weite gesucht. Wenig-

stens mußte man an dieser Auffassung festhalten, solange keine Gegenbeweise vorlagen.

Bei solchen Erwägungen, bei Mühsen, bei schnell wieder in seine vorherige, düstere Stimmung und in seine Ungeduld zurück. Er hatte aber seinen Anlaß mehr, mit dem Kutscher zu haben, denn dieser zeigte das Geßpann jetzt, wo es bergab ging, in eine recht lebhaftes Gangart.

Es würde nicht lange, so war der Waldrand erreicht, und von den Strahlen der untergehenden Sonne beschienen, lag Wasmannsdorf in einer Talnabe eingebettet, vor den Augen der Beschauer. Der Kutscher war in dem Dörchen gut bekannt. Er gab die Auskunft, daß nur ein besseres Gasthaus vorhanden sei, das sich mit der Beherbergung von Stadtreisenden und Sommerfrischlern besaße — daß außerdem nur noch zwei sogenannte Dorfkrüge existierten. Der Wagen setzte die Reisenden deshalb vor dem bewußten Fremdenstübchen ab.

Mit klopfendem Herzen folgte Möllhusen dem voraussenden Leigler, der das Gefährt schon verlassen hatte, bevor es hielt. Was würden die nächsten Minuten bringen? Das war die bange Frage, die er sich stellte und die er gleich im ungünstigen Sinne beantwortete. — Der Gastwirt schüttelte den Kopf, als er den Sachverhalt erfuhr.

„Rein. Logiert hat der Herr aus Hamburg in meinem Gasthaus nicht. Aber es ging das Geßpann, daß er am Entseß herüberkommen wollte, um sich die Wege nach dem Wasserfall abzukürzen.“

Die Bitte der beiden Reisenden bohrten sich in einander. Es war dieselbe Situation wie vor zwei Stunden am Postschalter des Kurorts. Nur klangen die kurzen Worte des Wirtes bei Möllhusen jeden Gedanken an Auffindung des Verschwindens unumgänglich aus, während die Spannkraft und Berufsfreudigkeit Leigers wuchs. Denn jetzt, wo man vor der vollendeten Tatsache stand, begann seine eigentliche Spürarbeit.

„Hm nach! — hieß jetzt die Parole. — Aber halt! Stach man schon vor der vollendeten Tatsache? Nein, auch jetzt mußte man nur, daß Hinrichsen verschwunden, daß sein Verbleib nicht aufzuklären war.“

lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 29. Juni 1920.

Einwohnerversammlung. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Lebensmittelkrawalle der letzten Tage in den Nachbarstädten Mainz, Wiesbaden und Biebrich ihren Wellen auch nach unseren Ort schlagen würden. Schon am Samstag gingen allerlei beunruhigende Gerüchte um von bevorstehenden gewalttätigen Selbsthilfeaktionen des laotenden Publikums bzw. der Arbeiterschaft. Dank der Besonnenheit unserer hiesigen Arbeiterführer, die sich der Bewegung sofort annahmen, konnte diese noch rechtzeitig in eine ruhige und vernünftige Bahn gelenkt werden. Zu gleicher Zeit richtete der Vorstand der U. S. V. ein Schreiben an den Gemeindevorstand mit der Aufforderung sofortiger Erregung geeigneter Mittel und Wege, um dem vorherrschenden Wucher auf dem Lebensmittelmarkt Einhalt zu tun. Mit großem Verständnis für die Not der Allgemeinheit wußte Herr Bürgermeister Kessels die Sache sofort an der richtigen Stelle anzufassen. Auf seine Veranlassung fand noch gestern nachmittag eine Besprechung mit den hiesigen Erzeugern und Händlern im Beisein der Vertreter der Arbeiterschaft auf dem Rathaus statt. Dort wurde in ruhiger und sachlicher Weise miteinander verhandelt und im Einverständnis aller Anwesenden der Preise eine vernünftige, der Zeit entsprechende Grenze festgesetzt. Damit war eine Plattform für die im „Deutschen Hof“ stattzufindende Einwohner-

versammlung geschaffen. Wie sehr die Aufmerksamkeit der Einwohner entzündet, genügt es, festzustellen, daß die Versammlung von etwa 1000 Personen besucht war. Herr W. Sattler eröffnete und leitete die Versammlung. Das Referat hielt Herr Georg Schäfer übernommen und berichtete über die der Versammlung vorausgegangenen Verhandlungen in Rathause und gab die dort festgesetzten Obst- und Gemüse-Erzeugerpreise mit einem Aufschlag von 30% für die Kleinhändler bekannt, die an anderer Stelle unserer heutigen Ausgabe verzeichnet sind. Die Versammlung sollte nun darüber entscheiden, ob diese Preise als angemessen betrachtet sind. Es entspann sich eine außerordentlich lebhaftes Debatte darüber, sowie über alle mit dem ganzen Fragenkomplex zusammenhängenden Umstände, an der sich die Herren Weistein, Bröder, Stollbrock, Traeger-Winkel, Fris Haas, Scherer, Eimer, Kiefer und Schwebig beteiligten. Herr Eimer sprach gleichzeitig im Auftrage des Herrn Bürgermeister Kessels, der die Versammlung frühzeitig ver-

lassen wollte, daß die Lebensmittelkrawalle der letzten Tage in den Nachbarstädten Mainz, Wiesbaden und Biebrich ihren Wellen auch nach unseren Ort schlagen würden. Schon am Samstag gingen allerlei beunruhigende Gerüchte um von bevorstehenden gewalttätigen Selbsthilfeaktionen des laotenden Publikums bzw. der Arbeiterschaft. Dank der Besonnenheit unserer hiesigen Arbeiterführer, die sich der Bewegung sofort annahmen, konnte diese noch rechtzeitig in eine ruhige und vernünftige Bahn gelenkt werden. Zu gleicher Zeit richtete der Vorstand der U. S. V. ein Schreiben an den Gemeindevorstand mit der Aufforderung sofortiger Erregung geeigneter Mittel und Wege, um dem vorherrschenden Wucher auf dem Lebensmittelmarkt Einhalt zu tun. Mit großem Verständnis für die Not der Allgemeinheit wußte Herr Bürgermeister Kessels die Sache sofort an der richtigen Stelle anzufassen. Auf seine Veranlassung fand noch gestern nachmittag eine Besprechung mit den hiesigen Erzeugern und Händlern im Beisein der Vertreter der Arbeiterschaft auf dem Rathaus statt. Dort wurde in ruhiger und sachlicher Weise miteinander verhandelt und im Einverständnis aller Anwesenden der Preise eine vernünftige, der Zeit entsprechende Grenze festgesetzt. Damit war eine Plattform für die im „Deutschen Hof“ stattzufindende Einwohner-

versammlung geschaffen. Wie sehr die Aufmerksamkeit der Einwohner entzündet, genügt es, festzustellen, daß die Versammlung von etwa 1000 Personen besucht war. Herr W. Sattler eröffnete und leitete die Versammlung. Das Referat hielt Herr Georg Schäfer übernommen und berichtete über die der Versammlung vorausgegangenen Verhandlungen in Rathause und gab die dort festgesetzten Obst- und Gemüse-Erzeugerpreise mit einem Aufschlag von 30% für die Kleinhändler bekannt, die an anderer Stelle unserer heutigen Ausgabe verzeichnet sind. Die Versammlung sollte nun darüber entscheiden, ob diese Preise als angemessen betrachtet sind. Es entspann sich eine außerordentlich lebhaftes Debatte darüber, sowie über alle mit dem ganzen Fragenkomplex zusammenhängenden Umstände, an der sich die Herren Weistein, Bröder, Stollbrock, Traeger-Winkel, Fris Haas, Scherer, Eimer, Kiefer und Schwebig beteiligten. Herr Eimer sprach gleichzeitig im Auftrage des Herrn Bürgermeister Kessels, der die Versammlung frühzeitig ver-

lassen wollte, daß die Lebensmittelkrawalle der letzten Tage in den Nachbarstädten Mainz, Wiesbaden und Biebrich ihren Wellen auch nach unseren Ort schlagen würden. Schon am Samstag gingen allerlei beunruhigende Gerüchte um von bevorstehenden gewalttätigen Selbsthilfeaktionen des laotenden Publikums bzw. der Arbeiterschaft. Dank der Besonnenheit unserer hiesigen Arbeiterführer, die sich der Bewegung sofort annahmen, konnte diese noch rechtzeitig in eine ruhige und vernünftige Bahn gelenkt werden. Zu gleicher Zeit richtete der Vorstand der U. S. V. ein Schreiben an den Gemeindevorstand mit der Aufforderung sofortiger Erregung geeigneter Mittel und Wege, um dem vorherrschenden Wucher auf dem Lebensmittelmarkt Einhalt zu tun. Mit großem Verständnis für die Not der Allgemeinheit wußte Herr Bürgermeister Kessels die Sache sofort an der richtigen Stelle anzufassen. Auf seine Veranlassung fand noch gestern nachmittag eine Besprechung mit den hiesigen Erzeugern und Händlern im Beisein der Vertreter der Arbeiterschaft auf dem Rathaus statt. Dort wurde in ruhiger und sachlicher Weise miteinander verhandelt und im Einverständnis aller Anwesenden der Preise eine vernünftige, der Zeit entsprechende Grenze festgesetzt. Damit war eine Plattform für die im „Deutschen Hof“ stattzufindende Einwohner-

versammlung geschaffen. Wie sehr die Aufmerksamkeit der Einwohner entzündet, genügt es, festzustellen, daß die Versammlung von etwa 1000 Personen besucht war. Herr W. Sattler eröffnete und leitete die Versammlung. Das Referat hielt Herr Georg Schäfer übernommen und berichtete über die der Versammlung vorausgegangenen Verhandlungen in Rathause und gab die dort festgesetzten Obst- und Gemüse-Erzeugerpreise mit einem Aufschlag von 30% für die Kleinhändler bekannt, die an anderer Stelle unserer heutigen Ausgabe verzeichnet sind. Die Versammlung sollte nun darüber entscheiden, ob diese Preise als angemessen betrachtet sind. Es entspann sich eine außerordentlich lebhaftes Debatte darüber, sowie über alle mit dem ganzen Fragenkomplex zusammenhängenden Umstände, an der sich die Herren Weistein, Bröder, Stollbrock, Traeger-Winkel, Fris Haas, Scherer, Eimer, Kiefer und Schwebig beteiligten. Herr Eimer sprach gleichzeitig im Auftrage des Herrn Bürgermeister Kessels, der die Versammlung frühzeitig ver-

lassen wollte, daß die Lebensmittelkrawalle der letzten Tage in den Nachbarstädten Mainz, Wiesbaden und Biebrich ihren Wellen auch nach unseren Ort schlagen würden. Schon am Samstag gingen allerlei beunruhigende Gerüchte um von bevorstehenden gewalttätigen Selbsthilfeaktionen des laotenden Publikums bzw. der Arbeiterschaft. Dank der Besonnenheit unserer hiesigen Arbeiterführer, die sich der Bewegung sofort annahmen, konnte diese noch rechtzeitig in eine ruhige und vernünftige Bahn gelenkt werden. Zu gleicher Zeit richtete der Vorstand der U. S. V. ein Schreiben an den Gemeindevorstand mit der Aufforderung sofortiger Erregung geeigneter Mittel und Wege, um dem vorherrschenden Wucher auf dem Lebensmittelmarkt Einhalt zu tun. Mit großem Verständnis für die Not der Allgemeinheit wußte Herr Bürgermeister Kessels die Sache sofort an der richtigen Stelle anzufassen. Auf seine Veranlassung fand noch gestern nachmittag eine Besprechung mit den hiesigen Erzeugern und Händlern im Beisein der Vertreter der Arbeiterschaft auf dem Rathaus statt. Dort wurde in ruhiger und sachlicher Weise miteinander verhandelt und im Einverständnis aller Anwesenden der Preise eine vernünftige, der Zeit entsprechende Grenze festgesetzt. Damit war eine Plattform für die im „Deutschen Hof“ stattzufindende Einwohner-

versammlung geschaffen. Wie sehr die Aufmerksamkeit der Einwohner entzündet, genügt es, festzustellen, daß die Versammlung von etwa 1000 Personen besucht war. Herr W. Sattler eröffnete und leitete die Versammlung. Das Referat hielt Herr Georg Schäfer übernommen und berichtete über die der Versammlung vorausgegangenen Verhandlungen in Rathause und gab die dort festgesetzten Obst- und Gemüse-Erzeugerpreise mit einem Aufschlag von 30% für die Kleinhändler bekannt, die an anderer Stelle unserer heutigen Ausgabe verzeichnet sind. Die Versammlung sollte nun darüber entscheiden, ob diese Preise als angemessen betrachtet sind. Es entspann sich eine außerordentlich lebhaftes Debatte darüber, sowie über alle mit dem ganzen Fragenkomplex zusammenhängenden Umstände, an der sich die Herren Weistein, Bröder, Stollbrock, Traeger-Winkel, Fris Haas, Scherer, Eimer, Kiefer und Schwebig beteiligten. Herr Eimer sprach gleichzeitig im Auftrage des Herrn Bürgermeister Kessels, der die Versammlung frühzeitig ver-

lassen wollte, daß die Lebensmittelkrawalle der letzten Tage in den Nachbarstädten Mainz, Wiesbaden und Biebrich ihren Wellen auch nach unseren Ort schlagen würden. Schon am Samstag gingen allerlei beunruhigende Gerüchte um von bevorstehenden gewalttätigen Selbsthilfeaktionen des laotenden Publikums bzw. der Arbeiterschaft. Dank der Besonnenheit unserer hiesigen Arbeiterführer, die sich der Bewegung sofort annahmen, konnte diese noch rechtzeitig in eine ruhige und vernünftige Bahn gelenkt werden. Zu gleicher Zeit richtete der Vorstand der U. S. V. ein Schreiben an den Gemeindevorstand mit der Aufforderung sofortiger Erregung geeigneter Mittel und Wege, um dem vorherrschenden Wucher auf dem Lebensmittelmarkt Einhalt zu tun. Mit großem Verständnis für die Not der Allgemeinheit wußte Herr Bürgermeister Kessels die Sache sofort an der richtigen Stelle anzufassen. Auf seine Veranlassung fand noch gestern nachmittag eine Besprechung mit den hiesigen Erzeugern und Händlern im Beisein der Vertreter der Arbeiterschaft auf dem Rathaus statt. Dort wurde in ruhiger und sachlicher Weise miteinander verhandelt und im Einverständnis aller Anwesenden der Preise eine vernünftige, der Zeit entsprechende Grenze festgesetzt. Damit war eine Plattform für die im „Deutschen Hof“ stattzufindende Einwohner-

versammlung geschaffen. Wie sehr die Aufmerksamkeit der Einwohner entzündet, genügt es, festzustellen, daß die Versammlung von etwa 1000 Personen besucht war. Herr W. Sattler eröffnete und leitete die Versammlung. Das Referat hielt Herr Georg Schäfer übernommen und berichtete über die der Versammlung vorausgegangenen Verhandlungen in Rathause und gab die dort festgesetzten Obst- und Gemüse-Erzeugerpreise mit einem Aufschlag von 30% für die Kleinhändler bekannt, die an anderer Stelle unserer heutigen Ausgabe verzeichnet sind. Die Versammlung sollte nun darüber entscheiden, ob diese Preise als angemessen betrachtet sind. Es entspann sich eine außerordentlich lebhaftes Debatte darüber, sowie über alle mit dem ganzen Fragenkomplex zusammenhängenden Umstände, an der sich die Herren Weistein, Bröder, Stollbrock, Traeger-Winkel, Fris Haas, Scherer, Eimer, Kiefer und Schwebig beteiligten. Herr Eimer sprach gleichzeitig im Auftrage des Herrn Bürgermeister Kessels, der die Versammlung frühzeitig ver-

lassen wollte, daß die Lebensmittelkrawalle der letzten Tage in den Nachbarstädten Mainz, Wiesbaden und Biebrich ihren Wellen auch nach unseren Ort schlagen würden. Schon am Samstag gingen allerlei beunruhigende Gerüchte um von bevorstehenden gewalttätigen Selbsthilfeaktionen des laotenden Publikums bzw. der Arbeiterschaft. Dank der Besonnenheit unserer hiesigen Arbeiterführer, die sich der Bewegung sofort annahmen, konnte diese noch rechtzeitig in eine ruhige und vernünftige Bahn gelenkt werden. Zu gleicher Zeit richtete der Vorstand der U. S. V. ein Schreiben an den Gemeindevorstand mit der Aufforderung sofortiger Erregung geeigneter Mittel und Wege, um dem vorherrschenden Wucher auf dem Lebensmittelmarkt Einhalt zu tun. Mit großem Verständnis für die Not der Allgemeinheit wußte Herr Bürgermeister Kessels die Sache sofort an der richtigen Stelle anzufassen. Auf seine Veranlassung fand noch gestern nachmittag eine Besprechung mit den hiesigen Erzeugern und Händlern im Beisein der Vertreter der Arbeiterschaft auf dem Rathaus statt. Dort wurde in ruhiger und sachlicher Weise miteinander verhandelt und im Einverständnis aller Anwesenden der Preise eine vernünftige, der Zeit entsprechende Grenze festgesetzt. Damit war eine Plattform für die im „Deutschen Hof“ stattzufindende Einwohner-

versammlung geschaffen. Wie sehr die Aufmerksamkeit der Einwohner entzündet, genügt es, festzustellen, daß die Versammlung von etwa 1000 Personen besucht war. Herr W. Sattler eröffnete und leitete die Versammlung. Das Referat hielt Herr Georg Schäfer übernommen und berichtete über die der Versammlung vorausgegangenen Verhandlungen in Rathause und gab die dort festgesetzten Obst- und Gemüse-Erzeugerpreise mit einem Aufschlag von 30% für die Kleinhändler bekannt, die an anderer Stelle unserer heutigen Ausgabe verzeichnet sind. Die Versammlung sollte nun darüber entscheiden, ob diese Preise als angemessen betrachtet sind. Es entspann sich eine außerordentlich lebhaftes Debatte darüber, sowie über alle mit dem ganzen Fragenkomplex zusammenhängenden Umstände, an der sich die Herren Weistein, Bröder, Stollbrock, Traeger-Winkel, Fris Haas, Scherer, Eimer, Kiefer und Schwebig beteiligten. Herr Eimer sprach gleichzeitig im Auftrage des Herrn Bürgermeister Kessels, der die Versammlung frühzeitig ver-

lassen wollte, daß die Lebensmittelkrawalle der letzten Tage in den Nachbarstädten Mainz, Wiesbaden und Biebrich ihren Wellen auch nach unseren Ort schlagen würden. Schon am Samstag gingen allerlei beunruhigende Gerüchte um von bevorstehenden gewalttätigen Selbsthilfeaktionen des laotenden Publikums bzw. der Arbeiterschaft. Dank der Besonnenheit unserer hiesigen Arbeiterführer, die sich der Bewegung sofort annahmen, konnte diese noch rechtzeitig in eine ruhige und vernünftige Bahn gelenkt werden. Zu gleicher Zeit richtete der Vorstand der U. S. V. ein Schreiben an den Gemeindevorstand mit der Aufforderung sofortiger Erregung geeigneter Mittel und Wege, um dem vorherrschenden Wucher auf dem Lebensmittelmarkt Einhalt zu tun. Mit großem Verständnis für die Not der Allgemeinheit wußte Herr Bürgermeister Kessels die Sache sofort an der richtigen Stelle anzufassen. Auf seine Veranlassung fand noch gestern nachmittag eine Besprechung mit den hiesigen Erzeugern und Händlern im Beisein der Vertreter der Arbeiterschaft auf dem Rathaus statt. Dort wurde in ruhiger und sachlicher Weise miteinander verhandelt und im Einverständnis aller Anwesenden der Preise eine vernünftige, der Zeit entsprechende Grenze festgesetzt. Damit war eine Plattform für die im „Deutschen Hof“ stattzufindende Einwohner-

(Fortsetzung folgt.)

Zur die im Gemeindebezirk Schierstein stattfindenden öffentlichen Lustbarkeiten sind an die Gemeindefasse hierseibst folgende Steuersätze zu em'trichten und zwar:

- a) für die Veranstaltung, welche nur einen Tag dauert 60 Mt.
b) für die Veranstaltung, welche länger dauert 200 Mt.
14. Für die Bornahme von Auspielungen (Tombola) 75 Mt.
15. Für öffentliche Belustigungen der vorher nicht gedachten Art, insbesondere für das Halten eines Marionettentheaters, Kinematographen, für das Vorzeigen eines Panoramas, Wachsfigurentabnetts und dergl. für den Tag 60 Mt.

§ 2.

In dem in § 1 Ziffer 1 und 6 gedachten Fällen schließt die höhere Steuer die niedere in sich.

§ 3.

Die Steuer ist vor Beginn der Lustbarkeit zu zahlen. Für die Zahlung haftet derjenige, der die Lustbarkeit veranstaltet und — falls ein geschlossener Raum für die Veranstaltung der Lustbarkeit hergegeben wird — der Besitzer desselben, dieser mit dem Veranstalter für das Ganze.

§ 4.

Den öffentlichen Lustbarkeiten im Sinne dieser Ordnung werden diejenigen gleichgestellt, welche von geschlossenen Vereinen oder Gesellschaften oder von solchen Vereinen (Gesellschaften) veranstaltet werden, die zu diesem Behufe gebildet sind.

Als öffentliche Lustbarkeiten im Sinne dieser Ordnung gelten diejenigen nicht, bei welchen ein höheres wissenschaftliches oder Kunst-Interesse obwaltet.

§ 5.

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Ordnung unterliegen einer Strafe von 3 bis 30 Mark.

§ 6.

Unberührt bleiben die im Bezirke der Gemeinde Schierstein erlassenen, die Veranstaltung von öffentlichen Lustbarkeiten betreffenden polizeilichen Vorschriften.

§ 7.

Die zur Ausführung der Ordnung erforderlichen Anordnungen erläßt der Gemeindevorstand.

§ 8.

Vorstehende Ordnung tritt mit dem Tage ihrer nach erteilter Genehmigung und Zustimmung der zuständigen Behörden erfolgten Veröffentlichung in Kraft. Von dem gleichen Zeitpunkt ab ist die Ordnung betr. die Erhebung von Lustbarkeitssteuern im Bezirke der Gemeinde Schierstein vom 6. August 1919 aufgehoben.

Schierstein, den 20. April 1920.

Der Gemeindevorstand:

(L. S.) Kessels, Hrch. Thiele, W. Klee.

Vorstehende Ordnung wird von uns nach Sitzungsbeschluss v. 12. Mai d. Js. genehmigt.

Wiesbaden, den 4. Juni 1920.

Der Kreisaußschuß des Landkreises Wiesbaden:

(L. S.) J. B. Schlitt.

Die Zustimmung wird erteilt.

Wiesbaden, den 14. Juni 1920.

Der Regierungspräsident.

J. A. : Unterschrift.

Wird veröffentlicht.

Schierstein, den 24. Juni 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessels.

Einladung

zu einer

Sitzung der Gemeindevertretung.

Zu der von mir auf

Dienstag, den 29. Juni ds. Js., nachmittags 6½ Uhr, hier im Rathause anberaumten Sitzung der Gemeindevertretung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweise darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

Beschlußfassung über Aufbringung der Mittel zur Deckung der nachträglich erhobenen Bezirksnachsteuer.

Die Einladung geschieht ohne Einhaltung der 2-tägigen Frist mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der zur Tagesordnung stehenden Angelegenheit.

Die unter dem Viehbestande des Herrn Wilh. Lang, Bahnhofstraße 11 ausgebrochene Maul- und Klauenseuche ist erloschen.

Die Gehöftsperte wird hiermit aufgehoben.

Schierstein, den 28. Juni 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessels.

Schicke neue Damenhüte

garniert und ungarziert, fassoniert, preiswert zu verk.

Aut-Impresserei
B. Spielmann,
Wiesbaden, Bleichstraße 20.

Rheinwein, Mosel, Sekt, Bordeaux, u. Cognac-Fasschen ganz öl- und säurefrei, werden bauernd angeliefert, Anweisung für Abholung im Hause.
Kloßentlager Schönbörnstraße 6, Wiesbaden.
9-12 und 2-5.

Weinfässer

von 100-600 Liter, neu u. gebt.
Küferi Braun, Mainz, Mitt.
Bleiche 34, Telefon 2148.

Sämtliche Reparaturen in Uhren und Goldsachen

werden schnell und billig ausgeführt
Trauringe in allen Preislagen konkurrenzlos billig. Gelegenheitskäufe in Uhren und Goldwaren

Max Krasnoborski, Uhrmacher, Wiesbaden, Bleichstraße 28.

Neue und gebrauchte Schlaf- und Kücheneinrichtungen. Speise-, einzelne Möbelsätze, Schreibtische, Divans, Chaiselongs, Betten, verkauft zu billigen Preisen.

Schreinerei E. Klapper,

Wiesbaden, Friedrichstraße 55, Telf. 1627.

Schmuck In jeder Form und Menge auch Zähne **kauft**

Brillanten für hohen Preis!

Bok Wiesbaden Uhren
Kirchgasse 70.

Grosser Emaillewaren-Ausverkauf.

Räumungshalber verkaufe ich Emaillewaren wie: Töpfe, Eimer, Kaffeelassen, Schüsseln, Tassen usw. im einzelnen an jedermann zu bedeutend ermäßigten Preisen. Der Verkauf findet nur kurze Zeit statt.

E. Chandroße, Wiesbaden, Rheinstraße 32.

Theater-Spielplan.

Staatstheater in Wiesbaden.

Vom 30. Juni bis 1. Juli 1920.

Mittwoch, Ab. A. „Der verwandelte Komödiant“. Hierauf „Cavalleria rusticana.“ Hierauf: Zum ersten Male „Ballträume“. Tanzbild in einem Akt von Bernhard Hermann. Musik von Werner Bembauer. Anfang 6½ Uhr.

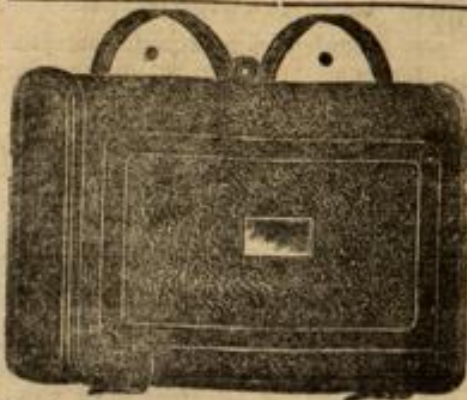
Donnerstag, Ab. C. „Carmen“. Anfang 6½ Uhr.

Residenztheater in Wiesbaden.

Vom 30. Juni bis 1. Juli 1920.

Mittwoch, nachm. 7 Uhr: „Das Glücksmädel“.

Donnerstag, nachm. 7 Uhr: „Orpheus in der Unterwelt“.



Schul- ranzen

Größte Auswahl
Billigste Preise.
Offertiert als
Spezialität.

A. Letschert, Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10.

U. S. P. U. S. P.

Große öffentliche

Versammlung

im Saale des „Deutschen Kaiser“ am Mittwoch, den 1. Juli, abends 8 Uhr.

Tagesordnung:

Warum sich die U. S. P. nicht der Regierungsbildung betei

Freie Aussprache!

Der Vorsitz

Metallbe

Stahlblechmatten, Polster an Jedermann, Eisenmöbelfabrik, Saubere

Medizin

laufs

Jacob Weiss

Lokal-Gewerbeverein

Hauptversammlung

am Donnerstag, den 1. Juli, abds. 8 Uhr im Gasthaus „Zum Rebstock“ bei Heint. Wolf.

Tagesordnung:

1. Beratung und Genehmigung der neuen von vorstand vorgelegten Satzungen.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes.
3. Besprechung wegen Lieferung von Kohlen für die werksbetriebe.

Wir bitten um vollzähliges Erscheinen.

Der Vorsitz

Ortsbauernschaft Schierstein

Zu der am Mittwoch, dem 30. ds. Mt., 2 Uhr in Bierstadt, Saalbau zum „Adler“ stattfind.

Mitgliederversammlung

der Kreisbauernschaft laden wir unsere Mitglieder dringende ein. Abfahrt 12,17 mit der Staatsbahn.

Der Vorsitz

Evgl. Kirchengesangverein

Wir laden unsere sämtl. aktiven und unaktiven Mitglieder zu der am Dienstag, den 29. d. M., 8 Uhr, im Vereinslokal „Kaiser Friedrich“ stattfind.

außerordentl.

Generalversammlung

höfl. wie dringend ein.

Tagesordnung:

1. Bericht über das Bundesfest in Wiesbaden.
2. Feier der Glockenweihe am 19. September.
3. Verschiedenes.

Der Vorsitz

Männergesangverein Schierstein

Wegen des am Sonntag stattfindenden Gartenfestes bitten wir unsere Mitglieder dringend, morgen, Punkt 1/8 Uhr, die Gesangsstunde zu besuchen.

Der Vorsitz